

Werten basierende Verbundenheitsgefühl – manchmal erst nach einigen Monaten der vertrauensvollen Zusammenarbeit – auf eigene Initiative den Jusos und auch der SPD bei.

Die Befürchtungen skeptischer Parteimitglieder, die eigenen Strukturen würden böswillig unterwandert, erwiesen sich dabei als unrealistisch. Vielmehr ist die Offenheit als Chance zu begreifen, mög-

lichst viele Menschen von den eigenen Werten und Positionen zu überzeugen und diese gemeinsam zu verteidigen.

Andere Parteigliederungen sollten sich deshalb diese Offenheit zum Vorbild nehmen. Um ihren grundgesetzlich garantierten Platz in der Demokratie auch in den nächsten Jahren noch legitimieren zu können, reicht das aber noch nicht aus. Weitergehende Reformen sind notwendig.

Tim Spier/Markus Klein

Entwurzelte Parteien?

Die deutsche Bevölkerung wird von den Parteimitgliedern nicht mehr repräsentiert. So lautet jedenfalls das allgemein bekannte Klagelied. Die Ergebnisse der letzten Deutschen Parteimitgliederstudie zeigen aber ein anderes Bild.

Tim Spier

(*1975) vertritt derzeit die Professur »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland« an der Universität Siegen.

tim.spier@uni-siegen.de



Markus Klein

(*1969) ist Professor für Politische Soziologie an der Leibniz Universität Hannover.

m.klein@ipw.uni-hannover.de



Mit der Veröffentlichung aktueller Parteimitgliederzahlen zu Beginn jedes Jahres setzt in den Medien ein mittlerweile fast ritueller Abgesang auf die Parteiendemokratie ein: Den deutschen Parteien liefern die Mitglieder davon, sie verlören dadurch ihre gesellschaftliche Verankerung und würden in der Folge zunehmend unempfindlich für die Bedürfnisse und Inter-

sen breiter Teile der Bevölkerung. Die sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien werden mithin als Indikator für einen abnehmenden Grad der Erfüllung ihrer primären gesellschaftlichen Funktionen interpretiert. Die Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 zeigen jedoch, dass von einer gesellschaftlichen Entwurzelung der Parteien keine Rede sein kann.

In der Tat ist der Rückgang der Parteimitgliederzahlen ein säkularer Prozess, der seit den 80er Jahren zu beobachten ist. Waren Ende der 70er Jahre noch rund 1,9 Millionen Menschen in den vier damals im Bundestag vertretenen Parteien organisiert, ging diese Zahl – nur kurz unterbrochen durch Mitgliederzuwächse im Gefolge der Wiedervereinigung – auf weniger als 1,4 Millionen zurück. Und dies trotz einer deutlichen Ausdifferenzierung und Erweiterung des parlamentarischen Parteiensystems um Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Besonders ausgeprägt ist der Mitgliederschwund bei den Volksparteien CDU und SPD.

Doch schon dieser scheinbar eindeutige und durch Zahlen belegbare Trend

kann relativiert werden. Nimmt man beispielsweise die Mitgliederzahlen von CDU, CSU, SPD und FDP in den 50er Jahren mit etwas mehr als 0,9 Millionen Mitgliedern zum Maßstab, so zeigt sich, dass es bei der Bewertung des Standes parteipolitischer Partizipation sehr stark auf den Referenzpunkt ankommt. Derzeit wird offenbar die Hochphase der Mitgliederparteien in den 70er Jahren als »normales« Maß der Partizipation von Bürgern in Parteien wahrgenommen. In der Gründungsphase der Bundesrepublik kam man aber offenbar auch mit weit weniger Parteimitgliedern aus, ohne dass heute von einer Disfunktionalität der Parteien in dieser zeitgeschichtlichen Epoche ausgegangen würde.

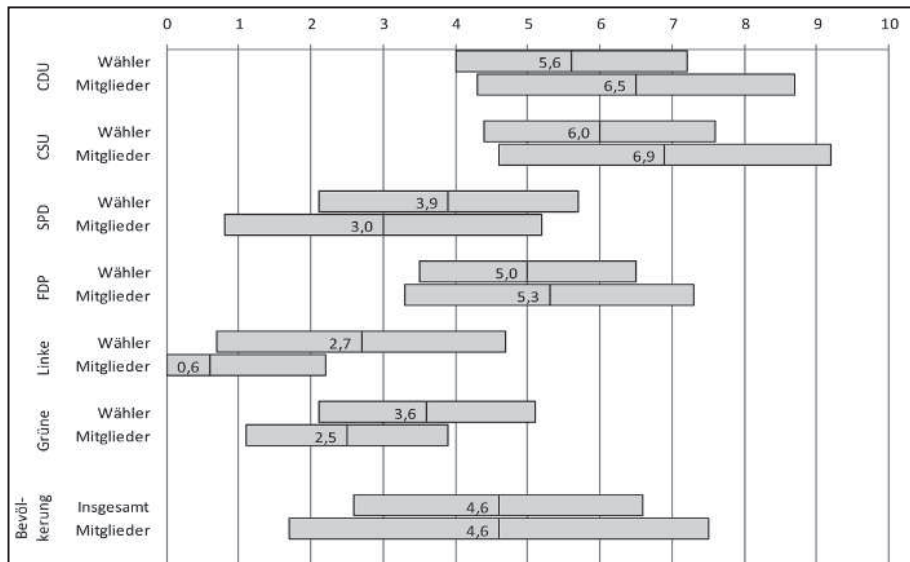
Mitglieder als gesellschaftliche Wurzeln der Parteien

Parteien kommt in den meisten westlichen Demokratien die Funktion zu, Staat und Gesellschaft so miteinander in Beziehung

zu setzen, dass das politische System in der Lage ist, die Bedürfnisse und Interessen einer pluralistischen Gesellschaft unverzerrt aufzunehmen und in den politischen Prozess einzuführen. Leicht prosaisch heißt es etwa in § 1 des deutschen Parteiengesetzes, dass Parteien für eine »ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen« zu sorgen hätten. Diese Bindeglied-Funktion von Parteien kann in unterschiedlicher Art und Weise erfolgen: Nach dem Modell der »professionalisierten Wählerpartei« kann diese Verbindung und Rückkoppelung auch auf sehr direktem Wege stattfinden: Die Parteieliten können sich über die Stimmungen und Interessen der Bevölkerung durch die Medienberichterstattung und Meinungsumfragen informieren, sie in Programme aufnehmen und in Wahlkämpfen der Bevölkerung als politisches Angebot präsentieren. Parteimitglieder sind in dieser Perspektive weitgehend überflüssig.

Es ist jedoch eher fraglich, ob dieses idealtypische Modell einer professionellen

Links-Rechts-Selbstverortung von Mitgliedern und Wählern (Mittelwert und Standardabweichung)



Quelle: Deutsche Parteimitgliederstudie 2009

und strategisch agierenden, aber mitgliederarmen Partei für eine qualitativ hochwertige Verbindung von Gesellschaft und Staat sorgen kann. Die Berichterstattung der Massenmedien folgt eigenen Selektionskriterien, die es zumindest fraglich erscheinen lassen, ob die politischen Präferenzen der Bürger in ihr in ausreichendem Maße zum Ausdruck kommen. Und auch das Instrumentarium der Umfrageforschung ist nicht differenziert genug, um die Interessenslage der Bevölkerung in der nötigen Tiefenschärfe und mit hinreichender Detailliertheit abzubilden. Insofern ist es für eine Partei durchaus sinnvoll, über eine Mitgliederbasis zu verfügen, die als Teil der Gesellschaft über ähnliche Bedürfnisse und Interessen verfügt wie zumindest die Anhänger- und Wählerschaft der jeweiligen Partei. Parteimitglieder werden im Modell der »Mitgliederpartei« damit zu gesellschaftlichen »Horchrohren«, die die Interessen in der Bevölkerung aufnehmen und in den innerparteilichen Willensbildungsprozess einspeisen sollen.

Sozialstrukturelle Repräsentation

Damit kommt den Mitgliedern der Parteien eine wichtige Funktion im Rahmen der repräsentativen Parteiendemokratie zu. Der Grad der Erfüllung dieser Funktion lässt sich aber nicht allein quantitativ an der Zahl der Mitglieder festmachen, vielmehr ist entscheidend, wie gut es den Parteimitgliedern qualitativ gelingt, die Bedürfnisse und Interessen ihrer Anhänger und Wähler zu repräsentieren. In der Diskussion über die Repräsentation der Bevölkerung durch die Parteimitglieder wird derzeit aber viel zu oft auf eine rein sozialstrukturell verstandene Identität von Mitgliedern und Anhängern abgestellt. Die Grundidee ist dabei, dass nur eine Mitgliedschaft, die sich in soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, formalem Bildungsgrad und beruflicher

Tätigkeit wenig von ihrer jeweiligen Wählerschaft unterscheidet, prinzipiell in der Lage ist, deren Interessen zu vertreten.

Nimmt man diesen sozialstrukturellen Repräsentationsanspruch zum Maßstab, so ergibt sich für die deutschen Parteien in der Tat ein Problem: In den Mitgliedschaften aller Parteien sind bestimmte soziale Gruppen im Vergleich zur Bevölkerung – aber auch im Vergleich zur jeweiligen Wählerschaft – deutlich überrepräsentiert: Männer, ältere Menschen, Personen mit vergleichsweise hohem formalen Bildungsniveau und Berufsgruppen, die über die notwendigen Ressourcen wie Zeit, Geld und politische Kompetenz verfügen, um politische Arbeit leisten zu können, insbesondere die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Frauen, junge Menschen, Personen mit einem eher geringen formalen Bildungsniveau, Arbeitslose und Arbeiter sind hingegen stark unterrepräsentiert.

Diese Unterschiede zwischen den Parteimitgliedern und der Bevölkerung bzw. den Wählern der Parteien lassen sich mit den herkömmlichen Theorien der Partizipationsforschung erklären: Vor allem die ressourcenstarken Mitglieder der Gesellschaft sind in der Lage, sich überdurchschnittlich politisch zu engagieren. Dies gilt schon für vergleichsweise unaufwändige Partizipationsformen wie die Beteiligung an Wahlen, verstärkt sich jedoch zunehmend, je intensiver und voraussetzungsvoller die Beteiligungsform ausfällt. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, inwiefern eine möglichst hohe sozialstrukturelle Identität von Wählern und Mitgliedern der Parteien überhaupt eine Widerspiegelung der Bedürfnisse und Interessen gewährleistet. Können nur Arbeiter als Mitglieder von Parteien die spezifischen Anliegen von Arbeitern vertreten? Und sind formal hochgebildete Personen nicht in der Lage, die Interessen geringer qualifizierter Bevölkerungsgruppen wahrzunehmen?

Meinungsrepräsentation

Entscheidender als die sozialstrukturelle Repräsentation ist daher die Frage, ob die Einstellungen und Meinungen der Parteimitglieder den Einstellungen und Meinungen ihrer jeweiligen Wählerschaft entsprechen. Und hier zeigen die Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009, dass es in diesem Punkt eine hohe Kongruenz zwischen der Mitglieder- und Wählerbasis der deutschen Parteien gibt, wenn man die sicherlich etwas unterkomplexe, aber dennoch aussagekräftige ideologische Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala zum Maßstab nimmt. Zwar vertreten die Mitglieder der einzelnen Parteien häufig eine pointiertere Position als ihre jeweiligen Wähler: Sie stehen rechts von ihnen, wenn es sich um bürgerliche Parteien handelt, hingegen weiter links, wenn es die Parteien des linken Spektrums betrifft. Wirklich verwundern kann dieses Ergebnis jedoch nicht: Warum sollte man auch in eine Partei eintreten, wenn man nicht die grundsätzliche Ausrichtung der Partei pointierter vertritt, als dies die durchschnittlichen Wähler der Partei tun?

Entscheidender sind in diesem Zusammenhang zwei Befunde: Die mittlere Links-Rechts-Position aller Mitglieder der deutschen Bundestagsparteien entspricht exakt der mittleren Position in der gesamten Bevölkerung, während gleichzeitig die Streuung der ideologischen Positionen unter Parteimitgliedern nur geringfügig größer ist als in der Bevölkerung insgesamt. Die Einstellungen und Meinungen der deutschen Parteimitglieder sind daher in ihrer Gesamtheit durchaus ein getreues Abbild der Gesellschaft. Zudem zeigt der Vergleich zu den Ergebnissen der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998, dass sich Wähler und Mitglieder der einzelnen Parteien in ihren mittleren ideologischen Positionen stark angenähert haben. Wenn man also überhaupt Repräsentationsdefizite konstatieren will, dann gehört es zu der empirischen Wahrheit, dass diese Defizite sich im Zeitverlauf deutlich abmildern. In jedem Fall kann im Sinne einer Repräsentation von Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung durch die Mitglieder der Parteien davon gesprochen werden, dass es mit ihr weit besser bestellt ist, als vielfach behauptet wird.

Karsten Rudolph

Sozialdemokratische Debattenkultur

Über lange Zeit vermochte es die westdeutsche Sozialdemokratie, den politisch-kulturellen Diskurs in der Bundesrepublik zu prägen. Diese Fähigkeit ist ihr abhanden gekommen. Welche Strategie zur Wiedergewinnung der politischen Meinungsführerschaft sollte sie verfolgen?

Es gab einmal eine Zeit, da beanspruchte die SPD, stellvertretend für die ganze Gesellschaft, überfällige Kontroversen auszutragen. Ob Arbeitsplätze oder Umweltschutz, Atomkraft oder erneuerbare Energien, Konsumverzicht oder Massennachfrage, Gleichstellung oder Emanzipation, Nachrüstung oder Abrüstung, Risikoge-



Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte und vertritt z.Z. den Lehrstuhl für Sozialgeschichte und soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.

karsten.rudolph@rub.de